

Wahlprüfsteine des Bisexuelles Netzwerk e.V. für die Landtagswahl in Thüringen am 27.10.2019

1.a) Wie wollen Sie Coming-Outs unterstützen – von Vorbildern (Politiker_innen, Lehrer_innen)?

Wann und gegenüber welchem Personenkreis ein Coming-Out bezüglich der eigenen sexuellen Identität erfolgen soll, ist eine zutiefst persönliche Entscheidung, welche jede Person unabhängig von ihrem Beruf nur für sich selbst entscheiden kann. Diese Entscheidung liegt im rein privaten Bereich, auf welchen die Politik keinen Einfluss hat und auch nicht haben sollte. Aus Sicht der Freien Demokraten ist vonseiten der Politik in diesem Zusammenhang jedoch darauf zu achten, dass bei Bedarf genügend Beratungsangebote zur Verfügung stehen.

1.b) Sind Ihnen geoutete bisexuelle Politiker_innen in Ihrer Partei bekannt?

Die Freie Demokratische Partei steht für die Werte Toleranz und Vielfaltswertschätzung, weswegen sie politische Heimat für Menschen aller sexueller Identitäten darstellt. Selbstverständlich ist die sexuelle Identität jedoch ein Persönlichkeitsmerkmal, welches in unserer Partei in keiner Weise erhoben wird. Daher obliegt es selbstredend jedem unserer Mitglieder selbst, ob es seine sexuelle Identität parteiin- oder -extern preisgibt oder nicht. Siehe dazu auch unsere Antwort auf Ihre Frage 1a).

2.a) Wie wollen Sie Coming-Outs von bisexuellen Jugendlichen unterstützen und sich gegen Diskriminierung sexueller Jugendlicher einsetzen?

Der Coming-Out-Prozess ist als Bestandteil der Persönlichkeitsentwicklung vor allem junger Menschen von zentraler Bedeutung. Entsprechend wichtig ist es für die sich outenden Personen, je nach Bedarf jederzeit auf entsprechende Beratungsangebote zurückgreifen zu können. Hierfür erachten wir Freie Demokraten die Einrichtung von LSBTI*-Jugendzentren, wie es sie bereits in einzelnen deutschen Großstädten gibt, grundsätzlich für sinnvoll. Für die Beantwortung der Frage, wo diese anzusiedeln sind, wollen wir mit innerhalb der LSBTI*-Community engagierten Vereinen und Verbänden ins Gespräch kommen, um deren Expertise gezielt zu nutzen.

2.b) Wie hoch werden die Mittel sein, die dazu zur Verfügung stehen werden?

Für uns Freie Demokraten ist es selbstverständlich, dass in unserer Antwort auf Ihre Frage 2a) genannte Projekte auch für die Erfüllung ihrer wichtigen Aufgaben angemessen finanziell ausgestattet sein müssen. Politische Entscheidungen zu Mittelverwendungen sind jedoch in aller Regel Bestandteil eines komplexen Haushaltserstellungsprozesses, weshalb uns eine davon losgelöste quantitative Beantwortung Ihrer Frage derzeit nicht möglich ist.

3. Wie wollen Sie sicherstellen, dass Schüler_innen konkret über Bisexualität aufgeklärt werden?

Wir Freie Demokraten setzen uns unter anderem dafür ein, dass in Thüringer Schulen genutzte Unterrichtsmaterialien möglichst auch die gesellschaftlichen Realitäten abbilden. Daher sehen wir es als eine Selbstverständlichkeit an, dass z.B. Schulbücher und Arbeitsblätter direkt durch Sachinformation oder indirekt durch entsprechende Fallbeispiele auch über vielfältige Lebensweisen oder Familienmodelle aufklären, worunter wir auch die Aufklärung über verschiedene sexuelle Identitäten wie die Bisexualität verstehen. Für uns ist es in diesem Zusammenhang außerdem wichtig, das Thema auch zum festen Bestandteil der pädagogischen Aus- und Fortbildung von Lehrkräften zu machen.

4. Wie schützen Sie unsere Kinder und Jugendlichen vor rückwärtsgewandten und gefährlichen Kräften wie den „Besorgten Eltern“ oder der „Demo für alle“?

Für uns Freie Demokraten ist es wichtig, dass Pädagoginnen und Pädagogen für die gesellschaftliche Problematik sensibilisiert werden und sie in die Lage versetzt, Initiativen den Zugang zu Schulen und Bildungseinrichtungen zu verwehren, von denen bzw. deren Veranstaltungen eine Gefahr für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen ausgeht. Schulen sind für uns Orte, an denen Akzeptanz und Toleranz von verschiedenen Persönlichkeiten und Lebensweisen gelehrt werden. Extremistischen und auch religiös-fundamentalistischen Organisationen und Initiativen darf dort keine Bühne gegeben werden. Darüber hinaus halten wir die Schaffung eines toleranten und vielfaltswertschätzenden Klimas für eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, welcher alle Thüringerinnen und Thüringer in ihrem privaten und beruflichen Alltag jederzeit nachkommen sollten.

5. Welche vergleichbare Aktion können Sie sich für Ihr Bundesland vorstellen? Wie soll es umgesetzt werden? Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Bi-Flagge an einem Rathaus oder Ministerium gehisst wird?

Wir begrüßen die von Ihnen genannte Aktion, die vom FDP-angehörigen schleswig-holsteinischen Landesminister Dr. Heiner Garg initiiert wurde, ausdrücklich und können uns vergleichbare Aktionen auch für den Freistaat Thüringen vorstellen. Aus diesem Grund beteiligen wir uns etwa auch seit Jahren an Vorbereitung und Durchführung der verschiedenen in Thüringen stattfindenden Christopher Street Days, in dessen Rahmen jedes Jahr auch auf bisexuelle Belange aufmerksam gemacht wird. In diesem Zusammenhang wurde neben zahlreichen anderen Aktionen auch bereits wiederholt die sogenannte Regenbogenfahne vor Thüringer Rathäusern und Landesministerien gehisst.

6. Werden Sie eine Rede und / oder einen Antrag zum Thema Bisexualität in den Thüringer Landtag einbringen?

Diese Frage bedarf zunächst einiger Spezifikationen. Selbstverständlich wird die Gleichstellung von Menschen mit verschiedenen sexuellen Identitäten nach unserem Wiedereinzug in den Thüringer Landtag einen gleichstellungspolitischen Schwerpunkt in unserer parlamentarischen Arbeit darstellen. Unseren diesbezüglichen Positionen werden wir im demokratischen Diskurs mit den übrigen Landtagsfraktionen sowohl durch Reden als auch durch Anträge Geltung verschaffen.

7.a) Welche Möglichkeiten, die Forschung zum Thema Bisexualität anzukurbeln, sehen Sie?

Wie Sie bereits selbst anführen, bewegen sich Möglichkeiten der politischen Einflussnahme auf Gegenstände der Wissenschaft und Forschung aus guten Gründen in engen Grenzen. In diesem Zusammenhang sehen wir vor allem in der Anregung gesellschaftlicher und damit auch politischer Diskurse über die Belange bisexueller Menschen eine Möglichkeit, diese Themen auch zu Gegenständen der Forschung zu machen.

7.b) Und inwiefern sorgen Sie für die Verbreitung und Berücksichtigung der Ergebnisse in Ihrer politischen Arbeit?

Freidemokratische Positionsentwicklung und -vertretung stützt sich – sowohl innerhalb als auch außerhalb von Parlamenten – immer auf die Erkenntnisse von Wissenschaft und Forschung. Unter anderem durch regelmäßigen Austausch zwischen unseren Funktions- und Mandatsträgern und Vertretern von Wissenschaft und Forschung möchten wir auch in Zukunft dafür Sorge tragen, dass sich unsere freidemokratischen Vorschläge stets an aktuellsten wissenschaftlichen Erkenntnissen orientieren.

8. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass menschenrechtsfeindliche Äußerungen auch für Politiker_innen deutlichere Konsequenzen haben?

Bezüglich der Prävention menschenrechtsverletzender Äußerungen setzen wir Freie Demokraten abermals auf die Schaffung eines weltoffenen, toleranten und Vielfalt wertschätzendes Klima. Wie bereits dargelegt, kann dieser anstrebenswerte Zielzustand jedoch nicht allein durch politische Maßnahmen erreicht werden. Vielmehr handelt es sich um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, an welcher alle zivilgesellschaftlichen Akteure sowie alle Thüringer Bürgerinnen und Bürger mitwirken müssen. Bezüglich Verfolgung und Ahndung menschenrechtsverletzender Äußerungen setzen wir auf unsere rechtsstaatliche Rechtsordnung. Hier ist geregelt, welche Äußerungen strafbar sind und wie diese bestraft werden sollen. Hier besteht Nachholebedarf in der Klärung der Rechtslage bei entsprechenden Äußerungen im Internet. Zur Durchsetzung rechtsstaatlicher Maßnahmen wollen wir Polizei und Strafverfolgungsbehörden personell stärken, von unnötiger Bürokratie befreien und auch technisch auf den neusten Stand bringen.

9. Wie wollen Sie bisexuelle Menschen besser vor Hassgewalt schützen?

Siehe dazu zunächst unsere Antwort auf Ihre Frage 8, in welcher wir darlegen, wie wir Polizei und Strafverfolgungsbehörden stärken wollen. Auch bei der Bekämpfung und Verfolgung von Hassgewaltverbrechen gilt für uns der Anspruch, dass die Polizei besser ausgestattet sein muss als das Verbrechen, um ihre für unser friedliches gesellschaftliches Zusammenleben elementaren Aufgaben zuverlässig erledigen zu können. Weiterhin setzen wir uns dafür ein, bei der Landespolizei einen Ansprechpartner für Opfer zu schaffen, welche aufgrund ihrer sexuellen Identität Opfer von Gewalt- oder Hassgewaltverbrechen wurden. Außerdem ist es uns wichtig, dass auch in Thüringen jährlich aktuelle Zahlen zu LSBTI*-Hassgewaltverbrechen in der Kriminalitätsstatistik veröffentlicht werden, um auf diese gesondert aufmerksam zu machen. Hierfür ist es jedoch auch notwendig, dass die Beamten etwa durch Fortbildungsmaßnahmen für die Erkennung solcher Fälle von Hasskriminalität sensibilisiert werden. Wir wollen uns für ein weltoffenes und tolerantes Gesellschaftsklima einsetzen und so das Anzeigeverhalten der Opfer von Hasskriminalität aufgrund der sexuellen Identität stärken und sie somit dazu ermutigen, sich selbstbewusst mit rechtsstaatlichen Mitteln gegen diese Taten zu wehren.

10. Wie ist Ihre Haltung zur Verbesserung der Blutspenderegulungen für Männer, die mit Männern Sex haben?

Wir Freie Demokraten setzen uns seit vielen Jahren für die Abschaffung des diskriminierenden Blutspendeverbots für homo- und bisexuelle Männer ein. Die Unterstellung eines riskanten Lebensstils für homo- und bisexuelle Männer ist nicht nur diskriminierend, sondern die Risikoeinschätzung ist auch unbegründet: Jede Blutspende wird unabhängig vom Spender mehrfach mittels modernster Untersuchungstechniken auf etwaige Infektionen überprüft und die Spender werden bei entsprechenden Befunden informiert. Auf diese Weise leisten die Blutspendedienste auch einen wichtigen Beitrag für die Früherkennung von Infektionen. Der Ausschluss homo- und sexueller Männer von der Blutspende gefährdet schlussendlich außerdem das Leben anderer: Es gibt seit Jahren immer wieder Engpässe bei Blutkonserven. Deshalb ist es nicht zu vertreten, eine Gruppe von Menschen ohne zutreffende Begründung aus dem Kreis der Spender auszuschließen, da dadurch denjenigen Menschen geschadet wird, deren Leben von einer Blutspende abhängen kann. Auch in diesem Zusammenhang vertreten wir Freie Demokraten die Position, dass es jedem Menschen möglich sein muss, seine sexuelle Identität diskriminierungsfrei zu leben.

11.a) Was tun Sie dafür, damit Rechte von Trans*-Menschen berücksichtigt werden?

Wir Freie Demokraten treten Transphobie genauso entschieden entgegen, wie Homophobie und anderen Formen gruppenbezogener Diskriminierung. Um rechtliche Diskriminierung wegen der

geschlechtlichen Identität zu beseitigen, wollen wir etwa das Transsexuellengesetz endlich so erneuern, dass die Personen- und Namensänderung ohne diskriminierende Hürden erfolgt. Die Krankenkassen sollen außerdem einheitlich die Kosten für alle geschlechtsangleichenden Behandlungen von transsexuellen Menschen übernehmen. Da diese Themen jedoch nicht auf Freistaats-, sondern lediglich auf Bundesebene geregelt werden können, wollen wir uns im Rahmen einer entsprechenden Bundesratsinitiative dafür einsetzen.

11.b) Was tun Sie dafür, dass Menschenrechte nicht Spielbälle der Politik bleiben, sondern selbstverständlich und möglichst weitgehend ausgelegt werden, statt begrenzt?

Die Beobachtung, dass Menschenrechte in Deutschland als „Spielbälle der Politik“ behandelt werden, wird von uns Freien Demokraten nicht geteilt, sondern entschieden zurückgewiesen. Pauschale Verurteilungen von „Politikern“ oder „der Politik“ auf der Makroebene bringen niemanden weiter und werden der Wichtigkeit der in diesen Wahlprüfsteinen behandelten Themen auch nicht gerecht. Zur inhaltlichen Dimension Ihrer Frage zum Geltungsanspruch der Menschenrechte siehe unter anderem unsere Antworten auf Ihre Fragen 8, 9 und 11a).

12. Wie wollen Sie diese Kinder in Zukunft schützen?

Nach Ansicht der Freien Demokraten muss selbstverständlich jeder medizinische Eingriff mit dem ausdrücklichen Einverständnis des Patienten und stets zu dessen Wohl erfolgen. Medizinisch unsinnige Eingriffe jeder Art lehnen wir daher entschieden ab.

13. Werden Sie sich für die Aufnahme der sexuellen Identität in Artikel 3 einsetzen und dafür stimmen?

Ja. Wir Freie Demokraten setzen uns seit vielen Jahren dafür ein, das Verbot der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität über eine entsprechende Bundesratsinitiative in Artikel 3 des Grundgesetzes zu verankern. Als Vorbild kann hierfür Artikel 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen dienen.

14.a) Was tun Sie dafür, dass die Stimmung in Thüringen wieder positiver wird?

Wir Freie Demokraten treten jeder Form von Rechtsextremismus mit aller Entschlossenheit entgegen. Wir stehen für einen weltoffenen und toleranten Freistaat Thüringen, in welchem sich Bürgerinnen und Bürger frei von gruppenbezogener oder individueller Diskriminierung entfalten können. Jedoch sind die politischen Einflussnahmemöglichkeiten auf individuelle Meinungen stark begrenzt, weswegen sich Rechtsextremismus nicht durch Gesetze oder andere parlamentarische Initiativen allein bekämpfen lässt. Die Bekämpfung von Rechtsextremismus ist aus unserer Sicht vielmehr eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe von zentraler Bedeutung. Wir wollen hier die Institutionen stärken, die sich für politische Bildung, Demokratie und Extremismusprävention einsetzen.

14.b) Was tun Sie dafür, dass rechtsextreme Aufmärsche verboten werden?

Siehe unsere Antwort auf Ihre Frage 14a). Die rechtlichen Hürden für ein Verbot von entsprechenden Veranstaltungen sind sehr hoch. In Thüringen wurde es 2006 versäumt, die Chance der geänderten Gesetzgebungskompetenz zu nutzen und ein eigenes Versammlungsgesetz zu entwickeln. Stattdessen arbeiten Polizei und Behörden in Thüringen immer noch mit alter Bundesgesetzlage. Deshalb möchten wir Freie Demokraten aktiv werden und ein liberales Thüringer Versammlungsgesetz voranbringen.

Ein liberales Thüringer Versammlungsgesetz versteht Versammlungen als Ausdruck der Freiheitsausübung und nicht als lästige Veranstaltungen oder bloße Gefahrenherde, die möglichst weitgehend mit Gefahrenabwehrmaßnahmen einzudämmen sind. Nur so ist bürgerschaftliche Selbstorganisation in der freiheitlich-demokratischen Grundordnung garantiert. Ein liberales Thüringer

Versammlungsgesetz muss aber auch klare Regelungen haben, die Orientierung für Bürger und zuständige Behörden sind. Dafür setzen wir Freie Demokraten auf ein Höchstmaß an Normenklarheit, Systematik und sprachliche Konsistenz. Wir möchten ein Versammlungsrecht schaffen, das vor Verfassungsgerichten Bestand hat und Bürgern sowie Behörden klare Orientierung bietet und aktuelle Bedrohlagen durch Extremismus aller Art im Blick hat.

14.c) Was tun Sie dafür, dass rechtsextreme Einflussnahmen eingeschränkt werden?

Siehe unsere Antwort auf Ihre Frage 14a). Wir Freie Demokraten rufen alle öffentlichen und privaten Institutionen, sämtliche zivilgesellschaftliche Akteure sowie jede Bürgerin und jeden Bürgern dazu auf, im beruflichen sowie privatem Umfeld stets wachsam zu sein und jeder Form von Rechtsextremismus entschieden entgegenzutreten.

15.a) Warum wird der Rat von Klimaforschenden nicht ernstgenommen?

Wir Freie Demokraten haben nicht den Eindruck, dass der Rat von Klimaforschenden nicht ernstgenommen wird. Wir nehmen die Hinweise und Forschungen sehr ernst und wollen darauf hinwirken, dass Deutschland zukunftsorientiert Technologien entwickelt, die der Menschheit noch eine lange Verweilperspektive auf dem Planeten Erde ermöglicht. Dafür ist eine gemeinsame Kraftanstrengung von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und jedem einzelnen notwendig.

15.b) Was tun Sie dafür, dass die Erderwärmung wirklich auf 1,5 Grad begrenzt wird?

Wir Freie Demokraten setzen uns unter anderem für einen europäischen und weltweiten Zertifikatehandel für Kohlenstoffdioxidemissionen, einen verbesserten Schienengüterverkehr, die Nutzung der Potenziale existierender Umwelttechnologien, die Aufforstung und den Schutz bestehender Wälder sowie ein intelligentes und umweltbewusstes Mobilitätskonzept ein. Umfassende Ausführungen zu diesen und unseren zahlreichen weiteren klimapolitischen Ideen und Vorschlägen können Sie unserem Programm zur Thüringer Landtagswahl 2019 sowie unserer „Agenda für eine liberale Umweltpolitik bis 2024“ entnehmen.

16. Was möchten Sie noch ergänzen?

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zu Ihren vorrangig gleichstellungspolitischen Fragen Stellung beziehen zu dürfen und würden uns freuen, nach unserem Wiedereinzug in den Thüringer Landtag regelmäßig mit Ihnen ins Gespräch zu kommen. Nur mithilfe Ihres Sachverständs und Ihren persönlichen Erfahrungen und Perspektiven werden wir in der Lage sein, gemeinsam an einer raschen Umsetzung der aufgeführten Vorhaben zu arbeiten.